

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 37 Amt Dönhofl 292 bis 297
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe Morgenausgabe

BERLINER VOLKSBLATT



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verirrte Jugend

Räuberromantik statt Sozialismus

Wie bereits kurz gemeldet, sind sechs jugendliche Kommunisten verhaftet worden, die durch einen Raubüberfall am Silvesterabend in der Filiale einer Butterfirma 700 Mark erbeutet haben, nicht, um das Geld für sich zu verwenden, sondern um es ihrer Jugendgruppe zuzuführen. Es trifft tatsächlich zu, daß die Festgenommenen fast die gesamte erbeutete Summe dazu verwendet haben, um eine Schreibmaschine, Büromaterialien und die rückständige Miete für ihr Gruppenbüro zu bezahlen. Für sich selber haben sie nur 2 Mark pro Person von der Beute erhalten.

Es ist danach klar, daß die Täter mit gemeinen Verbrechern aus Eigennutz nicht auf eine Stufe gestellt werden dürfen. Trotzdem bleibt ihre Tat beklagens- und verurteilenswert, und es muß die Frage aufgeworfen werden, wie es möglich ist, daß junge Menschen, die der Jugendgruppe einer Partei angehören, sich zu einer solchen Handlung verleiten lassen konnten, die nur im Motiv der politischen Welt, in der Methode und Ausführung aber einer asozialen Unterwelt angehört.

Die Ursache hierfür liegt in jener Verwirrung der Begriffe, die manche Teile der Jugend geistig bis hinter die Anfänge der Arbeiterbewegung zurückgeworfen hat. Am Anfang der Arbeiterbewegung steht die Erkenntnis, daß die individuelle Auflehnung gegen die bestehende Eigentumsordnung mit Sozialismus nichts zu tun hat und diesen nur zu schädigen geeignet ist. Man kann als Sozialist ein weitreichendes Verständnis besitzen für den Rechtsbrecher, der seine Tat aus bitterer Not begeht, aber man wird deshalb jeden Anseh zu einer politisch motivierten Organisation von Eigentumsdelikten nur um so schärfer ablehnen. Man macht nicht soziale Revolution, indem man wie Karl Moor in den Böhmerwald zieht und eine Räuberbande gründet!

Wer es in der jetzigen Zeit mit der Arbeiterklasse ehrlich meint, der darf sich nicht damit begnügen, die wirtschaftliche Not als Entschuldigungsgrund für jede politische Unklugheit heranzuziehen. Er hat vielmehr gleichzeitig die Pflicht, vor unbedachten und sinnlosen Verzweiflungstendenzen eindringlich zu warnen. Er wird aussprechen müssen, daß die Blünderung einer Kadettkasse zu Parteizwecken genau so sinnlos und schädlich ist wie der organisierte Raub von Wärfen und anderen Lebensmitteln. So erklärlich solche Erscheinungen in einer großen Notzeit wie der jetzigen sind — der Sozialist hat auszusprechen, daß an der Notlage der Millionen hierdurch nichts geändert wird, und daß der organisierte Kampf des Proletariats gegen die Not durch solche Taten nicht gefördert, sondern schwer geschädigt wird.

In der Sozialdemokratie würden die jugendlichen Täter dies erfahren und die Handlung unterlassen haben, die sie jetzt in verhängnisvolle Verführung mit dem Strafgericht bringt. Ihr zweifellos vorhandener Idealismus wäre in der sozialdemokratischen Jugendbewegung zum Nutzen der Arbeiterklasse angepannt worden. Unter Scheinradikalismus Einfluß wurden sie die Opfer falscher Erziehung, sie haben ihrer Sache nichts genutzt und für eine Sinnlosigkeit die Freiheit ihrer Jugend nutzlos aufgeopfert.

Pen'zel wird wieder glücklicher Regierungschef. Es gelang ihm, ein neues Kabinett zu bilden. Es wird über 126 Stimmen gegen 95 Volksparteiler (Kommunisten) und 20 Antipen'zelisten verfügen.

Die Agrarier — Deutschlands Unglück

Hilferding geißelt die autoritäre Wirtschaftspolitik

Der Reichsfinanzminister hatte im Haushaltsausschuß in der Vorwoche in der großen finanzpolitischen Aussprache davon gesprochen, es sei Offenheit über die Lage der Reichsfinanzen notwendig und dazu die parlamentarische Kontrolle.

In diesem Sinne eröffnete heute Abg. Hilferding (Soz.) im Haushaltsausschuß die Aussprache über die wirtschaftliche Lage. Offenheit vor allem! Er stellte offen fest, welche Kräfte heute die angeblich autoritäre Regierung in ihren Handlungen in Wirklichkeit bestimmen.

Hilferding wandte sich zuerst gegen den bedenklichen Zweekoptimismus der Regierung. Die schwere internationale Krise sei bei weitem noch nicht zu Ende, die Krise der öffentlichen Finanzen und der Eisenbahnen, aber auch die Krise auf dem Grundstückenmarkt sei in der ganzen Welt, im besonderen in den Vereinigten Staaten, noch in voller Auswirkung. Ebenso sei die Lage auf dem Rohstoffmarkt noch sehr schwierig.

Die Agrarkrise in der ganzen Welt und im besonderen in Deutschland sei in verschiedener Hinsicht von besonderer Art. Einmal falle sie mit einer industriellen Krise zusammen und zum anderen seien in der Landwirtschaft noch nicht jene Selbstverleugertendenzen sichtbar, die in der Industrie beobachtet werden können.

Seine besondere Ursache habe das aber in der falschen Agrarpolitik.

Man habe das Anbaugesamt ständig ausgedehnt und die Stützung der Preise auf dem Wege der Zölle usw. habe das noch gefördert. Das gleiche gelte für die starke Zunahme des Viehbestandes. Dennoch sinken dauernd die landwirtschaftlichen Preise! Wenn man mit den Regierungsmethoden den Getreidemarkt für den Augenblick erleichtern wolle, müsse man 1 Million Tonnen aus dem Markt nehmen. Trotz der hohen Kosten für solche

Mahnahmen würde das nichts nützen, das zeige auch die Entwicklung der Viehpreise.

Die landwirtschaftliche Ueberproduktion sei geradezu organisiert worden. Trotz der dadurch verursachten Senkung der Preise sinke der Fleischverbrauch. Pro Kopf der Bevölkerung sei er im vierten Vierteljahr 1932 gegenüber 1931 von 14,4 auf 10,5 Kilogramm gesunken. Die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung reiche eben trotz Sperrung der Grenzen nicht mehr aus. Anstatt vernünftig zu helfen, werde die Landwirtschaft gegen die städtischen Arbeiter verkehrt.

Man brauche nur den vorjährigen Fleischverbrauch in seiner damaligen Höhe mit Regierungshilfe wieder herzustellen, so würden 3 Millionen Schweine gebraucht werden, deren Aufzucht 1,5 Millionen Tonnen Getreide beanspruchen. Diese Schweine würden also den Getreidemarkt gesund fressen. Im übrigen müsse der Brotpreis gesenkt werden. Herr von Papen habe die Brotpreiskontrolle praktisch beseitigt, ebenso löse jetzt das Ernährungsministerium die objektiven Marktforschungsinstitute auf und überlasse sie dem deutschen Landwirtschaftsrat, also den Interessenten, an.

Die dummen Maßnahmen zur Margarineverteuerung wirkten aufreizend, ohne jemand zu nützen.

Es sei unmöglich, einen Teil der städtischen Bevölkerung zugunsten der Bauern hungern zu lassen. Außerdem dürfe man nicht übersehen, daß der Landwirtschaft schon erhebliche Hilfe zuteil geworden sei. Ihre Zinslast sei nach den eigenen Angaben des Ernährungsministeriums um etwa 1 Milliarde zurückgegangen. Der durchschnittliche Zins der Landwirtschaft entspreche heute etwa dem der Vorkriegszeit. Die Zinslast beanspruche vom Verkaufserlös der Landwirtschaft trotz der gesunkenen Preise nur etwa

rund 8 Prozent. Das sei auch nicht wesentlich anders als in der Vorkriegszeit.

Dennoch werde die Handelspolitik unter dem Druck der Landwirtschaft in einer Richtung betrieben, die nicht nur für den industriellen Arbeiter, sondern auch für die Landwirtschaft selbst ins Unglück führe.

Sehr deutlich müsse ausgesprochen werden, daß es unerträglich sei, wenn der Reichspräsident mit dem Landbund Politik mache und dann die Minister zu sich rufe, damit zugunsten der Landwirtschaft in den Vollstreckungsschuh erneut eingegriffen werde. Der Reichspräsident habe keine Politik zu machen, das sei nicht seine Aufgabe. Wir brauchen wieder dringend die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung, damit sie nicht mehr unklaren autoritären Einflüssen ausgeliefert bleibe!

Der Großgrundbesitz leistet bewußt klassenmäßige Sabotage gegen die Siedlung. Die Verlängerung des Vollstreckungsschuhes zugunsten der östlichen Landwirtschaft und die Ausbreitung des Vollstreckungsschuhes auf das ganze Reich seien eine schwere Schädigung des gesamten deutschen Kredits, also eine Störung der eigenen Konjunkturförderung der Regierung. Ebenso habe das Eingreifen Hugenburgs in die Stillhalterhandlungen als eine Schädigung des deutschen Kredits gewirkt.

Hilferding verlangte zum Schluß seiner Ausführungen, die unter größter Aufmerksamkeit vom Haushaltsausschuß angehört wurden, von der Regierung eine ehrliche Ziffer der Arbeitslosigkeit.

Nach einer langen, inhaltslosen Rede des Abgeordneten Dr. Neubauer (Komm.) sprach Abgeordneter Wiffel (Soz.) ausführlich zu den sozialpolitischen Fragen. Er spricht bei Abschluß des Vortrages noch. Wir kommen auf seine Ausführungen in der Morgenausgabe zurück.

Nazipöbel in der Universität

Wüste Szenen und Schlägereien

Der Nationalsozialistische Studentenbund veranstaltete heute vormittag um 11 Uhr auf dem Hegelplatz vor der Berliner Universität eine Protestkundgebung gegen den Reichskommissar Kähler wegen Schließung der Technischen Hochschule in Breslau und gegen die Verurteilung des jüdischen Professors Cohn an die Breslauer Universität.

Die Kundgebung war von kaum 100 Nationalsozialisten besucht, die aber anschließend in die Universität eindrangen und dort im Vestibül, ungehindert vom Rektor und Bedell, zunächst eine halbe Stunde sich mit Heß- und Kampfliedern Mut ansahen. Nach einigen Sprechschreien: „Holt die Juden aus den Hörsälen, Deutschland erwache, schlägt die Juden tot, wir fordern, daß kein Jude eine deutsche Hochschule besuchen darf“.

zogen sie, wiederum ungehindert, durch die Gänge und fielen dort über einige jüdische oder jüdisch aussehende Studenten her. Die Unruhen dauern noch an; die Polizei steht in Bereitschaft vor der Universität, hat aber bislang noch nicht eingegriffen.

Die Provokationen und Ueberfälle auf einzelne Studenten wurden von einer kleinen Horde SA- und SS-Leuten verübt. Andere nationalsozialistische Studenten wandten sich, ange-

widert von diesem Pogrom, ab und verteidigten sogar mit eigener Hand die von ihren SA-Kameraden angegriffenen Studenten.

Eine Gruppe von 50 Nationalsozialisten drang später in den Erfrischung-

raum der Universität ein mit dem Ruf „Achtung, Achtung! In zwei Minuten haben hier alle Juden zu verschwinden!“ Sie fielen dann über mehrere Studenten her, es gab eine Schlägerei mit Stuhlbeinen, einzelne Studenten wurden verletzt, darunter auch ein Reichsbannerstudent. Ebenfalls wurde ein Seminar mädchen verletzt. Durch das Eingreifen der Reichsbannerstudenten gelang es dann, drei Nationalsozialisten verhaften zu lassen; sie wurden auf das Revier in der Albrechtstraße gebracht.

Vor dem Austritt Japans?

Neue Wendung in Genf

Paris, 17. Januar.

Die Montagssitzung des 19er-Ausschusses in Genf wird von der Pariser Morgenpresse als ein glückliches Wiederaufleben der energischen Haltung des Völkerbundes (?) gegenüber Japan bezeichnet. Die halbamtliche Agentur Havas unterstreicht das entschlossene Eingreifen des englischen Außenministers Sir John Simon, der erklärt habe, daß der Ausschuss nur aus reiner Höflichkeit die vom japanischen Vertreter erbetene Frist gewähre. Der französische Vertreter Rastignol habe diese Erklärung Simons unterstützt und zu verstehen gegeben, daß der 19er-Ausschuss wie der Völkerbund überhaupt den Geist der Verständigung bis zum äußersten geüben hätten, daß es

aber an der Zeit sei, mit einer Methode Schluß zu machen, aus der der Völkerbund nur geschwächt hervorgehen könne, wenn sie sich noch mehr in die Länge ziehe.

Der Genfer Berichterstatter des „Matin“ rechnet mit einem

Austritt Japans aus dem Völkerbunde.

wenn der Ausschuss am Mittwoch einen Entschließungsantrag vorlege, in dem den Vorbehalten Japans keinerlei Rechnung getragen sei. Die Begründung dieses Austritts sei bereits in Tokio ausgearbeitet und lasse sich in zwei Punkte zusammenfassen:

1. Japan habe keinerlei lebenswichtiges Inter-

Stalins Agrarfragen

Die Schwierigkeiten der Getreideaufbringung

esse daran, einer Versammlung von Völkern anzugehören, die von seinen beiden nächsten Nachbarn — Rußland und Amerika — nicht anerkannt werde;

2. der Völkerbund habe seine Aufgabe nicht erfüllt, indem er eine Streitfrage verallgemeinere, anstatt sie zu lokalisieren. (1)

Japan kann ruhig seinen Austritt erklären — wirksam würde er erst in zwei Jahren werden. Bis dahin bleibe Japan schuldlos gemäß an alle Pflichten eines Mitgliedes gebunden. Und der Völkerbund wäre nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, Japan wegen Verletzung seiner Mitgliedspflichten genau so zu behandeln, wie wenn es nach wie vor Mitglied wäre.

Die angebliche Begründung des Austritts, wie sie der „Main“ zu melden weiß, ist fauler Zauber. Daß Rußland und die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht angehören, weiß Japan schon seit zwölf Jahren. Auf einmal soll das ein Grund für Tokio sein, sich nicht länger für den Völkerbund zu interessieren! Und das zweite Argument ist noch dreister: der Völkerbund hätte den Konflikt „lokalisieren“, d. h. den Mandschurenraub sanktionieren sollen!

Die Völkerbundsstaaten dürften jetzt auf keinen Fall den Japanern nachlaufen, sondern einfach es darauf ankommen lassen — gleichzeitig aber den Japanern zu verstehen geben, daß die entsprechenden Entscheidungen und Maßnahmen in

Stalin hat in der Plenartagung des Zentralkomitees der KPd. u. a. eine zweite Rede gehalten, die erst jetzt veröffentlicht worden ist. Er bespricht darin die vergrößerten Schwierigkeiten der Getreideaufbringung im Jahre 1932, in dem die Ernte besser gewesen sei als 1931. Die Ursache findet Stalin darin, daß die Dorfarbeiter die neue Lage nicht verstanden, die durch die Einführung des Kollektivwirtschaftshandels einen über dem Staatspreis liegenden Getreidemarktpreis legalisiere. Die Kommunisten auf dem Lande hätten die Getreidebeschaffung auf jede Weise verstärkt und beschleunigen müssen. Statt dessen hätten die Dorfarbeiter alle möglichen Fonds gebildet und dadurch die Zurückhaltung der Getreideablieferung verstärkt. Der Kollektivwirtschaftsgetreidehandel werde darum erst nach Erfüllung der Getreidebeschaffungen eröffnet werden können.

Dann rechtfertigte Stalin die Einführung dieses Kollektivhandels, der kein Aufgeben revolutionärer Grundzüge sei, sondern die Basis des Warenaustausches zwischen Stadt und Land erweitere, die Belieferung der Arbeiter mit Landprodukten und der Bauern mit Industriewaren verbessere, den Kollektivwirtschaften neue Einnahmen verschaffen und die Bauern zur Verbesserung der kollektiven Arbeit anleiten solle.

Dann tabelte Stalin diejenigen, die da glaubten, wenn die Kollektivierung 70 oder 80 Proz. der Bauern eines Rayons erfährt hat, alles weitere dem natürlichen Verlauf der Dinge anheimstellen zu können. Bei den Einzelbauern konnte die

Partei sich darauf beschränken, ihm Ratsschläge und Hinweise zu geben — jetzt müsse sie die Leitung der Kollektivwirtschaften übernehmen. Da die Kollektivwirtschaft hunderte, manchmal tausende Dörfer umfaßt, kann sie nur bei planmäßiger Führung durch geschulte Kräfte richtig arbeiten. Es seien aber eine ganze Reihe Organisationen vom Leben der Kollektivwirtschaftler losgerissen: „Es sitzen Leute in den Kanzleien, die mit ihren Federn tragen und nicht bemerken, daß die Entwicklung der Kollektivwirtschaften außerhalb der bürokratischen Kanzleien verläuft.“ In einer Reihe von Fällen habe sich herausgestellt, daß in den Kollektivwirtschaften ehemalige Offiziere, Anhänger Peijuras, und überhaupt Feinde der Arbeiter und Bauern schalteten und walteten.

Dann rügte Stalin die Ueberschätzung der Kollektivwirtschaften als neuer Wirtschaftsform. Die Kollektivwirtschaft nennt er die sozialistische Form der Wirtschaftsorganisation, wie den Sowjet die sozialistische Form der politischen Organisation. Alles aber hänge davon ab, welchen Inhalt diese Formen erhalten.

Schließlich zeigte Stalin an, daß viele Arbeiter nicht begreifen, daß das Ausweichen des Klassenfeindes (der Kulaken) und seine Taktik sich in der letzten Zeit änderten. Der Feind sei vom direkten Angriff zur Minierarbeit übergegangen, zur Sabotage. Bei so hartem Klassenkampf, den man jetzt im Sowjetreich habe, sei für „neutrale“ Kollektivwirtschaften kein Raum mehr.

Nachdem Stalin wieder an die Verantwortung der Kommunisten für das Gelingen der Kollektivierung appelliert hatte, schloß er:

„Man könnte glauben, daß ich ein zu düsteres Bild zeichnete und daß es scheint, als ob unsere ganze Arbeit im Dorfe nur aus Wingen bestehe. Das ist selbstverständlich nicht richtig. Tatsächlich weist unsere Arbeit eine ganze Reihe ernster und entscheidender Errungenschaften auf. Meine Aufgabe besteht jedoch nicht in der Charakterisierung unserer Errungenschaften, ich wollte nur von Mängeln der Arbeit in unseren Dörfern sprechen. Diese Mängel können unbedingt beseitigt werden, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir sie in der nächsten Zeit zu beseitigen vermögen. Ich glaube, daß die politischen Abteilungen, die Maschinen, Traktorenstationen und Sonstige Güter entscheidende Mittel sind, mit deren Hilfe diese Mängel in kürzester Zeit beseitigt werden können.“

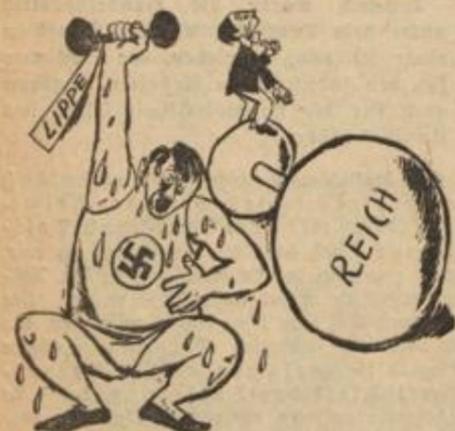
Kolchos-Kontrolle

Politbüros in den Kollektiven

Moskau, 17. Januar.

Auf Plenarbeschluss des Zentralkomitees der KPd. wurden in verschiedenen Kollektivbauernwirtschaften (Kolchosen) „politische Abteilungen“ errichtet, die die Arbeit der Kollektivwirtschaften und einzelner Staatsbürger zu überwachen haben. Die Leiter der politischen Abteilungen haben die Aufgabe, Sabotageakte zu verhindern und die Propaganda feindlicher Elemente zu unterbinden.

Der Athlet von Lippe



„Er hat's geschafft! Woraus sich ergibt, daß er auch das große Gewicht mit Leichtigkeit stemmen wird.“

Ihrer Abwesenheit erst recht beschlossen werden. Dann wird sich wahrscheinlich in letzter Stunde herausstellen, daß die Austrittsdrohung, mit der Japan seit 13½ Jahren eine erfolgreiche Erpressungspolitik in Genf getrieben hat, einfach Bluff war.

Japan annektiert Städte

London, 17. Januar.

Das Schicksal von Schanghai ist, wie aus Tokio gemeldet wird, endgültig entschieden. Die Stadt soll nach der Zurückziehung der japanischen Truppen der mandchurischen Verwaltung übergeben werden.

Rätsel um Devisenschab

Fund bei einem Verunglückten

Vor dem Hause Holzmarktstraße 73 an der Ecke der Alexanderstraße wurde gegen Mitternacht ein Mann in hilflosem Zustande aufgefunden. Polizeibeamte brachten ihn nach der Rettungstelle in der Reibelstraße, wo der Arzt einen Schädel- und einen Rippenbruch bei dem Manne feststellte und seine Ueberführung ins Virchow-Krankenhaus veranlaßte. Bei der Durchsicht der Taschen des Verletzten fand man größere Beträge ausländischer Devisen und deutschen Geldes vor, und zwar 18 900 Schweizer Franken, 23 000 französische Franken, 520 österreichische Schillinge, 100 argentinische Dollars und 1120 Mark. Es handelt sich um einen 38jährigen Hausdiener Hans Kowall aus der Großen Frankfurter Straße 124.

Er erlangte im Krankenhaus für kurze Zeit die Besinnung, konnte aber nicht angeben, wie er zu seinen Verletzungen gekommen war, da er gleich darauf wieder in Bewußtlosigkeit verfiel. In den frühen Morgenstunden meldete sich ein Bruder des Verletzten, der in der Kastanienallee in Charlottenburg wohnt. Er gibt an, daß er bereits in großer Sorge um seinen Bruder war. Sie hatten beide vereinbart, daß Hans K. den Geldbetrag noch am Montagabend nach der Kastanienallee bringen sollte. Die Summe wollte man auf dem Amtsgeld in Charlottenburg deponieren, um ein Haus zu kaufen. Was dem Hans Kowall nun gestern Abend begegnet ist, hat sich noch nicht feststellen lassen. Zeugen, die die Vorgänge beobachtet haben, sind nicht gefunden worden. Es wird angenommen, daß Kowall bei der Glätte gestern Abend unglücklich gestürzt ist und sich dabei die schweren Verletzungen zugezogen hat.

Regierungs-Durcheinander

Die Krise in Permanenz

Auch die heutigen Morgenblätter sind angefüllt mit Betrachtungen über die innerpolitische Lage und mit mehr oder weniger glaubwürdigen Berichten von Unterredungen, die teils schon stattgefunden haben, teils noch stattfinden sollen. Es erübrigt sich, alle diese Stimmen und Berichte wiederzugeben, es genügt, festzustellen, daß sich im ganzen das Bild eines funterbunten Durcheinanders ergibt, in dem niemand mehr weiß, wer Koch und wer Kellner ist. Ziemlich allgemein rechnet man jetzt mit Auflösung und Neuwahlen, die nicht erst am Ende der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen, sondern schon früher vorgenommen werden sollen. Man spricht sogar vom 19. Februar als einem möglichen nächsten Wahltermin.

Heute Landtag

Morgen Debatte über die Schulpolitik

Heute um 15 Uhr tritt der Preussische Landtag zur ersten Sitzung seiner Januaragung zusammen, die sich voraussichtlich bis zum Freitag erstrecken wird. Die Mittagsstunden waren ausgefüllt mit Sitzungen der Fraktionen, die ihre Stellungnahme zu den Beratungsgegenständen festlegten, die in diesem Tagungsabschnitt zur Verhandlung kommen.

Eisregen und Schnee

Neue Kältewelle im Anmarsch?

In den gestrigen Abendstunden erlebte Berlin ein nicht sehr häufiges Naturspiel, denn bei 5 Grad Kälte begann es plötzlich zu regnen. Ein regelrechter Eisregen ging nieder und in kurzer Zeit waren Fahrdämme und Bürgersteige mit einer gefährlichen Glatteisdecke überzogen. Es ereigneten sich eine Reihe von Unfällen, die im großen und ganzen glimpflich abgelaufen sind. Anders war es dagegen in den heutigen Morgen- und Vormittagsstunden. Passanten kamen auf den vereisten Bürgersteigen und Straßenübergängen zu Fall und zogen sich Verstauchungen und Knochenbrüche zu. Mehrere Verunglückte mußten durch die Feuerwehr und das Städtische Rettungsamtl in die Krankenhäuser gebracht werden.

Der plötzliche Eisregen war auf einen Warmlufteinbruch aus südwestlicher Richtung zurückzuführen. Der Warmluftkörper glitt an der kalten Luft auf und es kam zu Niederschlägen. Das seltsame daran war, daß die Luftschicht über dem Erdboden bis zu etwa 100 Meter 5 bis 6 Grad Kälte hatte und die niedergehenden, schon stark abgekühlten Regentropfen auf dem Erdboden gefroren. Schon nach Mitternacht hatte sich in den oberen Luftschichten ein Ausgleich vollzogen und neue aus östlicher bis südöstlicher Richtung heran-

In einer Sitzung des Kabinettsrates wird der Beratungsplan für die nächsten Tage im einzelnen bestimmt werden. Während die Tagesordnung der Vollziehung am Dienstag nur kleinere Vorlagen enthält, rechnet man für Mittwoch mit dem Beginn einer größeren Aussprache über Schulangelegenheiten.

Die Wahl von Lippe

Endgültiges amtliches Endergebnis

Detmold, 17. Januar.

Das endgültige amtliche Ergebnis der lippeischen Landtagswahl stellt sich unter Berücksichtigung der jetzt noch eingegangenen Wahlbriefe von auswärts wählenden Wahlberechtigten folgendermaßen: Sozialdemokraten 29 827, Deutsche Volkspartei 4380, Deutschnationale Volkspartei 6013, Lippeisches Landvolk 701, Kommunisten 11 040, Staatspartei 832, Nationalsozialisten 39 065, Katholische Volkspartei 2556, Evangelischer Volksdienst 4525, ungültige Stimmen 928. In der Mandatsverteilung hat sich nichts geändert. Von den insgesamt 117 120 Wahlberechtigten beteiligten sich 99 876 an der Wahl, was einer Wahlbeteiligung von 85,27 Proz. entspricht. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie seit dem 6. November 1932 beträgt 4045 Stimmen.

stutende Kaltluftmassen brachten einen abermaligen Temperaturrückgang. Bei 6 Grad Kälte begann dann in der Nacht etwas Schnee zu fallen. Zur Zeit sind aus dem Osten wieder kalte Luftströme im Anrücken, so daß mit einem weiteren Fallen der Temperaturen zu rechnen sein dürfte. Möglicherweise wird auch noch etwas Schnee niedergehen. Am kältesten ist es in Ostpreußen. Königsberg meldete heute vormittag 15 Grad Frost. Das mildeste Gebiet des Reiches ist augenblicklich Nachen und Umgebung mit 0 Grad. Auch für diese Gegend ist aber erneut Kälte zu erwarten.

Keine Verkehrsstörungen

Der Eisregen und der Schnee haben bisher in Berlin zu keinen nennenswerten Verkehrsstörungen geführt. In der Innenstadt war vom Schnee in den Mittagsstunden kaum noch etwas zu sehen. Nur die Außenbezirke boten den Anblick einer Winterlandschaft.

Schiffahrt eingestellt

Stettin, 17. Januar.

Infolge des starken anhaltenden Frostes ist der Schiffsverkehr von Stettin nach Berlin

eingestellt worden. Am Sonnabend war es noch gelungen, in beiden Richtungen je einen Dampfer mit Eisbrecherhilfe durchzubringen. Der Versuch, heute einen Dampfer nach Schlesien zu expedieren, scheiterte. Auf der Schiffsfahrtsstraße Stettin—Swinemünde wird der Verkehr durch Eisbrecher aufrechterhalten.

Der Tod im Jagdrevier

Selbstmord eines Landrates

Magdeburg, 17. Januar.

Der Landrat des Kreises Jericho I, Gebhardt, wurde in seinem Jagdrevier erschossen unter dem Hochfisch aufgefunden. Die Magdeburger Mordkommission unter Leitung von Kriminalkommissar Kluge stellte fest, daß einwandfrei Selbstmord vorliegt. Gebhardt hat sich in der Nacht zum Sonntag mit seinem Jagdgewehr erschossen. Er war etwa 48 Jahre alt und seit 1919 Landrat in Burg und gehörte der Sozialdemokratischen Partei an.

Thüringer Flaggenkrieg

Von unserem Korrespondenten

Weimar, 17. Januar.

Die thüringische nationalsozialistische Regierung hat den Erlaß, nach dem die Gemeinden nur in den Gemeinde-, Landes- und Reichsflaggen dürfen, aufgehoben, um nationalsozialistischen Gemeinderatsmehrheiten die Möglichkeit zu geben, die Hakenkreuzfahne auf den Rathäusern zu flagen. Eine Anzahl Nazimehrheiten haben bereits ihre Hakenkreuzpartei fahne auf den Rathäusern aufgezogen.

Nachdem die Naziregierung aus ihrer Parteeinstellung heraus die Möglichkeit geschaffen hat, die Partei fahne zu flagen, beschließt die kommunalpolitische Konferenz der Sozialdemokratischen Partei: Sozialdemokratische Kreis-, Stadt- und Gemeinderatsmitglieder müssen beschleunigt den Antrag beschließen, auf allen Rathäusern, die eine sozialdemokratische oder proletarische Mehrheit haben, wird das rote Sturmbanner geflaggt.

Massenausperrung

in Dänemark

Eigener Bericht des „Vormärts“

Kopenhagen, 17. Januar.

Nachdem die Verhandlungen mit mehreren Arbeiterorganisationen außerhalb der Landesorganisation ergebnislos verlaufen sind, hat der Arbeitgeberverband die Totalausperrung beschlossen. An zehn Arbeiterorganisationen des Bauwesens ist bereits eine Warnung ergangen.

Es stinkt bei Goebbels

Im Gau Berlin der NSDAP. sind der Gau-Inspektorenmeister Zellner und Goebbels Stellvertreter Dr. Meinhäuser plötzlich beurlaubt worden. Die Beurlaubung soll im Zusammenhang mit einer plötzlichen Kassenrevision stehen.

Neues Frauen-Kampfsjahr

Sozialdemokratische Funktionärinnen sind bereit

In den Sophienkassen fand gestern Abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Funktionärinnen der Berliner Sozialdemokratie unter dem Vorsitz der Genossin Mathilde Wurm statt. Die Berliner Frauensekretärin, Genossin Käthe Kern, sprach über unsere Aufgaben im neuen Kampfsjahr.

Nach einem Rückblick über die unerhörten Kämpfe des vergangenen Jahres führte die Referentin aus: Weite Kreise bisheriger Raziwähler wenden sich enttäuscht von Hitler ab. Diese Entwicklung zu beschleunigen und aus diesen irreführenden Volksgenossen wahre Sozialisten zu machen, wird eine unserer Hauptaufgaben im neuen Jahre sein. Darüber hinaus aber gilt unser Kampf unermindert der herrschenden Reaktion. In diesem Kampfe stehen wir an der Seite unserer männlichen Klassenossen, unser Kampf für die Frauenrechte ordnet sich ein in den allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse.

Doppelt hart sind die Frauen von der Wirtschaftskrise und der Sozialreaktion getroffen. Auf den Schultern der Hausfrau, der erwerbstätigen Frauen und Mädchen ruht oft die ganze Last der Sorge für die Familie.

Die Beeinträchtigungen auf dem Gebiete des

Arbeitsrechts, des Tarifrechts, der Sozialversicherung, die Kürzung der Arbeitslosenversicherung treffen in besonderer Schwere die Frau, gleichviel ob sie erwerbstätig oder Hausfrau ist. Die letzten Rotverordnungen haben für die erwerbstätigen verheirateten Frauen den Rechtsanspruch auf Unterstützung fast völlig beseitigt. Dazu kommt eine unerhörte Reaktion auf fast allen Gebieten des Frauenrechts. In der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte wird uneheliche Mutterchaft als Entlassungsgrund angesehen, der berüchtigte Paragraph 218 bedroht die Frauen immer noch in unverminderter Härte.

Der Einfluß der Frauen in Verwaltung und Gesetzgebung ist ständig zurückgegangen. Lediglich in der Sozialdemokratie ist der Anteil der Frauen stabil geblieben. Wir müssen uns in diesem Jahre mehr als bisher für die Rechte der Frauen auf allen Gebieten einsetzen. Unsere Schulungs- und Aufklärungsarbeit muß der Stärkung des Rechtsbewußtseins der Frauen und Mädchen gelten. Je stärker die politischen und sozialen Rechte der Frauen bedroht sind, um so mehr müssen wir fordern und verteidigen. Die Frauen sind heute aber auch, angesichts des offenen Zusammenbruches des Kapitalismus, durchaus für unsere sozialistische Idee zu begeistern. Führen wir den Kampf um die Frauen

gegen Nazis und Kommunisten, die beide nur von der Vereindung profitieren, und wir werden siegen im Zeichen der sozialistischen Aktion. Die Rednerin ging dann noch näher auf die besonderen Bedingungen und Methoden der Agitation unter den Frauen ein.

Am Anschluß an das Referat entwickelte sich eine außerordentlich lebhaft Diskussions, an der sich zahlreiche Genossinnen mit wichtigen Vorschlägen für die praktische Arbeit beteiligten. Eine von der Genossin Koeder eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Funktionärinnenkonferenz beschließt, die Frage: Wie schügen wir uns vor Kampfgas?, die neuerdings von vaterländischen Verbänden, ärztlichen Organisationen und einigen behördlichen Stellen in einer irreführenden Weise öffentlich behandelt wird, in eigenen Aufklärungsabenden zu behandeln, damit unsere Genossinnen den wahren Tatbestand erfahren und im Sinne unseres Programms Stellung nehmen können.“

Als Frauendelegierte zum Parteitag

wurden dann gewählt: Genossin Sydow mit 239 Stimmen, Genossin Kern mit 228 Stimmen, Genossin Gröhinger mit 176 Stimmen. Mit dem gemeinsamen Gehalt der Internationale fand die Konferenz ihr Ende.

Schleicher überlegt



„Na, welcher sticht wohl welchen?“

Der Weg zur Partei

Von unserem Korrespondenten

Breslau, 17. Januar.

In der schlesischen Weberstadt Langenbielau ist der dortige langjährige Parteisekretär der Kommunistischen Partei Granjalko zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Granjalko, der als Mensch unter der Langenbielauer Arbeiterschaft Vertrauen genießt, hatte sich schon seit geraumer Zeit in Gegensatz zu seinen Parteinstanzen in Breslau und Berlin gebracht. Beispielsweise hatte er sehr heftige Kritik an dem Verhalten der KPD, während des letzten Streiks der Banoendauer Textilarbeiter geübt. Die kommunistischen Bonzen verjagten seinerzeit, den Streik unter allen Umständen zu forcieren und versprechen den Arbeitern, daß man alle 2000 Streikenden während der Arbeitsniederlegung unterstützen und versorgen werde. In Wirklichkeit erhielten nach Ausbruch des Streiks 60 Arbeiter täglich 1 Liter Suppe. Schon damals hatte Granjalko öffentlich erklärt, daß er derart gewissenlose Praktiken nicht weiter mitmachen werde.

Die Aufnahme Granjalkos in die Sozialdemokratische Partei erfolgte am Sonntag in einer Kreisversammlung der SPD in Reichenbach. Granjalko begründete seinen Antrag in längeren Ausführungen über das verlogene Einheitsfrontgeheiß der Kommunisten und berichtete u. a., daß die Sekretäre der kommunistischen Partei noch während der letzten Wochen in mehreren vertraulichen Rundschreiben von der Berliner Parteileitung angewiesen worden seien, die Einheitsfrontlosung lediglich als Agitations Schlagwort zur Aufspaltung der Arbeiter gegen die Eisernen Front zu benutzen.

„Die Frau im Recht.“ In der volkstümlich-rechtswissenschaftlichen Schriftenreihe des Verlages J. B. Diez Nachfolger erschien nunmehr ein viertes Bändchen: „Die Frau im Recht.“ Darin sind die mannigfaltigen Bestimmungen des privaten und öffentlichen Rechts, welche für die Frauen besondere Bedeutung haben, namentlich die Fragen des Ehe- und Erbschaftsrechts, in klarer Weise erörtert. Der Preis des soliden in Leinen gebundenen Buches ist 2,50 Mark.

Die Tätigkeit des Bühnennachweises. Für die Saison 1932/33 wurden 4350 Batzen befehligt, und zwar: 1050 Saisonverträge, 347 Reingagements, 813 Filmabschlüsse, 590 Ensemblegastspiele, 1550 Einzelgastspiele (An- und Abgang). Prozentual ergaben sich gegenüber der Saison 1931/32 folgende Steigerungen: Saisonabschlüsse etwa 25 Proz., Filmabschlüsse etwa 80 Proz., Ensemblegastspiele etwa 30 Proz., Einzelgastspiele etwa 300 Proz.

Das Reichsehrenmal in Berta. Für das Reichsehrenmal in Berta sind die Neubearbeitungen der zwanzig im ersten Wettbewerb ausgewählten Künstler eingegangen. Die Entscheidung über die endgültige Ausgestaltung wird vom 18. bis 25. Januar 1933 getroffen werden. Nach Bekanntgabe der Entscheidung wird eine öffentliche Ausstellung stattfinden.

Belgische Kunstausstellung. Die seit längerer Zeit vorbereitete Ausstellung „100 Jahre belgischer Kunst“ findet in den Räumen der Akademie der Künste in den Monaten Januar und Februar statt. Sie wird von der belgischen Regierung in Gemeinschaft mit der Preussischen Akademie der Künste veranstaltet. Die Ausstellung wird Malerei, Plastik, Zeichnungen, Graphik und illustrierte Bücher umfassen. Der Ueberblick über die ältere Malerei beginnt mit Louis Gallait, einem der Hauptvertreter der belgischen Historienmalerei. Die Eröffnung erfolgt am 21. Januar.

Im Schauspielhaus Steyitz beginnt Freitag, 8 1/2 Uhr, das Gastspiel Harry Liedtke in dem Lustspiel von Leo Slezak „Der Mann mit den grauen Schläfen“.

P.I. Cremers: Die Marneschlacht

Mannheimer Nationaltheater

Cremers weicht von der bisher üblichen dichterischen Betrachtung des Krieges und des Kriegserlebnisses ab: er schildert nicht das Wesen des Krieges, wie es Remarque, Barbusse, Renn taten, sondern die strategischen Hintergründe und insbesondere die Menschlichkeiten der Obersten und untersten Heeresleitung. Er gibt eine politische Informationsstunde über die Entwicklung und Strategie der Marneschlacht. Der Zuschauer weiß, welche unabsehbare Folgen der Ausgang dieser Schlacht hatte: Verlängerung des Krieges um vier Jahre und diesen Ausgang, darum folgt er mit gespanntem Interesse dem aufgerollten Plan.

Der Autor hat sich nach seinem eigenen Bekenntnis sowohl in der Zeichnung der Charaktere wie in der Darstellung der einzelnen Situationen wortgetreu an die Geschichte gehalten. Wir erleben, wie der „Oberste Kriegsherr“ den Schließungsplan durchkreuzt und befiehlt, daß an der eisäthelischen Grenzlinie die Truppen verstärkt bleiben, statt von Norden her Paris zu umzingeln, wie erleben auch, wie die Etappe — die Oberste Heeresleitung — den Angriffsgedanken stoppt und schließlich der fränkische Generalstabchef Molke die Verantwortung auf den Obersten leutnant Hensch abwälzt, der jetzt vor der Geschichte als der eigentliche Verfolger der Marneschlacht dargestellt wird. Er selbst ist später gefallen...

Die geschichtstreue Wirklichkeit, die Absicht aufzuzeigen und zu informieren, wurde bei der Aufführung noch unterfritten durch die Einfügung einer verbindenden Reihe von Lichtbildern. Intendant Herbert Reich, selbst Frontkämpfer, der jetzt im Zusammenhang mit der Befehung der Intendantenposten in Berlin, Hamburg, Köln genannt wurde, hat die sieben Bilder auf das stärkste konzentriert. Er vermied es, wie es in der Absicht des Autors auch lag, die Kluft zwischen Front und Etappe aufzuzeigen, er vermied es, die Greuel und das Grauen des Krieges zu zeigen.

Daß trotz dieser kühlen Betrachtung die Urauf-

führung einen berechtigten und starken Erfolg erzielte, lag in der Geschlossenheit der Darstellung, der Spannung, die das Thema mit sich bringen mußte und an den trefflichen Darstellern. ph.

Stand der Theaterkrise

Im Deutschen Theater spielt die Truppe unter Wintersteins Leitung mit Notkonzession weiter. Der „Prinz von Homburg“ bleibt vorläufig auf dem Spielplan und macht, da es eine glänzende Aufführung ist, wie es scheint, volle Häuser, um so mehr, da die Rolle des Prinzen mit einer jungen, vielversprechenden Kraft besetzt ist. Die Verhandlungen zwischen Reinhardt und der voraussetzlichen neuen Direktion Schaz-Keit werden fortgesetzt und sollen zufriedenstellend sein. Man rechnet damit, daß Reinhardt das nächste Stück selber inszenieren wird. Von anderer Seite verlautet, daß auch mit dem Bremer Großindustriellen Roselius Verhandlungen aufgenommen sind. — Zu einer Krise erster Ordnung wächst sich die Affäre des Kottler-Konzerns aus. Der neue Bankkredit scheint überhaupt nicht oder nur sehr schwer zustande zu kommen. Im Metropol-Theater wurde nur noch ein Teil der Gagen bezahlt. Im Theater des Westens wurde gestern überhaupt keine Gage bezahlt. Max Wallenberg trat energisch für die Rechte seiner Mitspieler ein und verlangte, daß heute unbedingt gezahlt werden müsse. Die ganze, sehr komplizierte Angelegenheit soll heute Abend in einer Pressekonferenz der Bühnenautoren und Komponisten besprochen werden. Bei der Gelegenheit werden hoffentlich die ganzen Fragen der Berliner Theaterkrise aufgerollt werden: die hohen Theaterpachten, die Unterpachten, die hohen Eintrittspreise, die finanzielle Verschachtelung, die Starwirtschaft und der Mangel eines vernünftigen Spielplans.

Sinn nicht kennen. Es ist eine Kunst ganz ursprünglicher Elementarerlebnisse, die vom Ötters und Ahnenbild bis zum kleinsten Alltagsgerät denselben Gehalt an Ueber Sinnlichkeit besitzt und uns durch die Ursprünglichkeit ihres Lebenswillens tief ergreift. Wer Kunst zu betrachten weiß, als Ausdruck urchenischer naturjerner Andeutung überirdischer Kräfte, den wird die grenzenlose Phantasie dieser Gestalten und urwaldhaften Ornamente aus höchste ergreifen. Hier ist noch Kunst die spontane Aeußerung einer ganz dämonischen, den Naturgewalten unterworfenen Seelenstimmung, Form und Gehalt in unerhörter Weise identisch. p. l. sch.

„Straßauf — Straßab“

Und ein Toilettentisch

„Straßauf, Straßab“ nannte sich eine Abendjendung der Funfstunde, die unter Leitung von Wolfgang Hoffmann-Harnisch und Georg Schwarz, Aufnahmen vom Alltag der Großstadt“ verhielt. Der Hörer wurde in eine Verfallenszentrale geführt, die den Verfallenen leihweise die Instrumente liefert, zu Zeitungsfabriken, zu Ueberlandtransporten, zu Tippelbrüdern und auf die Börse der Neuheitenhändler — oder, wie ihr Spitzname heißt: der Asphaltischauipieler. Es gab manche lebendige, manche plastische Szene. Bisweilen jedoch störte

das Bemühen der beiden Reporter, auf jeden Fall effektvolle Bilder zu bieten. So ließen sie die aus allen Teilen Deutschlands in Berlin zusammenkommenden Chauffeure der Ueberlandtransporte lange Berichte in ihrem jeweiligen Dialekt geben, ohne diese Berichte aber durch verständigende Zwischenfragen den Hörern zu erschließen. Ueberhaupt wurde entweder zu viel oder zu wenig gefragt. Wer z. B. hat aus dem Interloium des Zeitungsfahrers ein Bild von dessen wirklichem Leben empfangen? Die ganze Sendung war weit mehr eine artistische Impression als eine Reportage aus dem Alltag. Doch die beiden Reporter bewiesen in ihr, daß sie es verstehen, Menschen aus den verschiedensten Lebensgebieten vor das Mikrophon zu stellen; sie werden Bertoolkeres als diesmal bieten können.

Ganz nützlich ist es manchmal, in Frauenstunden hereinzuhören. Im Programm des Deutschlandsenders wurde diesmal gewichtig der Bau eines Toilettentisches aus einer Kiste erörtert. Dieser Tisch mit seinen An- und Umbauten für Flaschen, Seifenbüchsen und Ständer ist zweifellos vortrefflich geeignet, das leider verdrängte nippelbesetzte Bett in jedem guten deutschen Haushalt zu ersetzen. — 12.

Ehe- und Stil-Wirrwarr

Atrium

Wenn der Ehemann sich Kinder und die Frau sich Sportrekorde wünscht, gibt das zu manchen Mißheiligkeiten Anlaß. Und wenn dann noch ein Onkel, der auf Seiten des Mannes steht, und eine Schwiegermutter, die es mit der Frau hält, verwirren und eine Freundin alles schlachtet, hat man den Inhalt des Films: „Madame wünscht keine Kinder.“

Einen Ehebruch reizvoll zu gestalten, verstanden die Amerikaner aus dem ff. Nun sie ihn tonförmig servieren und mit Schlagern durchsetzen müssen, lassen auch sie nach. Unsere Industrie sollte die Ehezwistigkeiten auf deutsch und ganz groß aufziehen. Sie sollte nahezu überdimensional vorgehen, darum wimmelt es von Namen der Komponisten, der Photographen, der Architekten, der Manuskriptreiber usw. Trotzdem ist Clement Baultels Roman so verfilmt, daß er uns nie etwas angeht, uns nie packt und allein das Einzelgeschick sehr reicher, vermöglicher Leute schildert. Hans Sienhoff führte keine Regie, sondern ordnete einen Stilwirrwarr an.

Er ist für die Zuschauer bestimmt, die zum sonntäglichen Male über Georg Alexanders (gewollt) dummes Gesicht und sein Köcher lachen können und sich dabei unendlich schlaue vorkommen, weil sie im voraus schon jede Pointe wissen. Diane Hald ist immer die blendende Schönheit, Lucie Mannheim aber versteht sabelhaft zu spielen. Erika Glöhner gefällt als Vulkan der brodelnden Leidenschaften und Otto Wallburg verflucht sich zur allgemeinen Heiterkeit mal wieder an seinen eigenen Worten. Hans Moser wirkt in seiner kleinen Rolle sehr stark. e. b.

Violinvirtuose Willy Burmeister gestorben. Einer der namhaftesten Violinvirtuosen der Gegenwart, der Hamburger Wily Burmeister, ist in Hamburg am Montag im 64. Lebensjahr einem Herzschlag erlegen. Als Sohn eines Musiklers in Hamburg geboren, trat Wily Burmeister schon als Kind öffentlich auf, machte seit 1886 Konzertreisen, war 1890 Konzertmeister in Sondershausen und lebte dann in Weimar, Helsingfors, Berlin und zuletzt in Hamburg.

Zum Zentral-Theater findet am Freitag die Uraufführung der Komödie „Narren des Ruhms“ von Karl Georg Külb statt. Die Komödie, die sich mit dem Fall Daubmann psychologisch auseinanderzusetzen versucht, ohne sich slavisch an die historischen Begebenheiten zu halten, wird von dem Autor inszeniert.

Die Kamera zeigt ab Dienstag in Neuauflerung „Den vierzehnten Musikler“ mit Douglas Fairbanks.

Südsee-Kunst

Ausstellung im Völkerkunde-Museum

Das Museum für Völkerkunde schließt sich den Bestrebungen der Staatlichen Sammlungen an, seine Bestände dem allgemeinen Verständnis durch schöne Sonderausstellungen nahezubringen. Bis Ende Februar hat es (im Oberkloster des alten Kunstgewerbemuseums) eine außerordentliche Sammlung von Südseekunst ausgestellt, die zum größten Teil aus der schwer zugänglichen Studienammlung in Dahlem stammt. Hier werden Bildwerke und Gebrauchskunst von den Inseln des Stillen Ozeans gezeigt, die ohne ethnographischen Nebensinn rein als Kunstwerke wirken sollen und auf allerstärkste wirken.

Keine wissenschaftliche Erklärung kann uns diese erstaunlichen Dinge näher bringen; wer sie „verstehen“ will, muß das ohne alle Voraussetzungen tun, rein aus dem Gefühl für künstlerische Werte. Unsere eigene gegenwärtige Kunst gibt uns dazu wohl die sicherste Handhabe; sie ist ja von ähnlichen Voraussetzungen ausgegangen; feilische Erschütterungen in eine Form zu überführen, die von sogenannter Richtigkeit und Naturwahrheit nichts wissen will. Da der Ausdruck dieser melanestischen und polynesischen Figuren, Schiffschmabel, Ornamentkühnereien, Feermäntel, Schalen, Tongefäße, Masken usw. ist wahrscheinlich viel stärker für die, die ihren religiösen und folkloristischen



Schutz den Mietern!

Sozialdemokratische Forderungen im Reichstag

In der Mieterschaft ist in den letzten Monaten eine wachsende Beunruhigung darüber entstanden, daß am 1. April dieses Jahres das Reichsmietengesetz und das Mieterkündigungsgesetz ablaufen, so daß die Mieter von da ab auf die sozial völlig unzulänglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches angewiesen wären.

Deshalb hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag bereits Anfang Dezember vorigen Jahres einen Antrag eingebracht, der die Verlängerung des Wohnungsmangelgesetzes, des Reichsmietengesetzes und des Mieterkündigungsgesetzes bis zum 31. März 1935 fordert.

Gleichzeitig hatte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Lipinski in einem Briefe an den Reichsjustizminister die Regierung um Darlegung ihrer Stellungnahme ersucht. Daraufhin hat Lipinski unter dem 11. Januar vom Reichsjustizminister eine Antwort erhalten, die wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen im Wortlaut wiedergeben:

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931, 2. Teil Kapitel IV Artikel VIII (Reichsgesetzbl. I S. 699, 709) hängt das Aufheben des Reichsmietengesetzes und des Mieterkündigungsgesetzes davon ab, daß bis zum 1. April d. J. ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestellt werden. Ob die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes bis zu dem erwähnten Zeitpunkt möglich ist, erscheint auch mir zweifelhaft. Schwierigkeiten können sich hieraus nicht ergeben, da die beiden Gesetze in Geltung bleiben, solange jene Voraussetzung nicht erfüllt ist.

In diesem Schreiben des Reichsjustizministers ist vor allem der letzte Satz von entscheidender Bedeutung. Er spricht klipp und klar aus, daß die Reichsregierung die Mieterkündigungsgesetze nicht eher außer Kraft setzen kann, bis das in der Rechtsverordnung selbst vorgesehene Gesetz zur sozialen Ausgestaltung des bürgerlichen Mietrechts in Kraft getreten ist. Es

wird jetzt Aufgabe des Reichstags sein, ein solches Gesetz über ein soziales Mietrecht möglichst bald zu verabschieden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einem Antrag vom 6. Dezember bereits wichtige Vorschläge für ein solches Gesetz vorgelegt.

Kürzung des Tarifgehalts Durch Arbeitszeitverkürzung

Vor dem Reichsarbeitsgericht klagen mehrere Angestellte der Vereinigten Stahlwerke, weil durch Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ihre Tarifgehälter gekürzt wurden. Die Arbeitszeit wurde um 15 Proz. gekürzt und

die Vereinigten Stahlwerke kürzten dementsprechend ohne weiteres auch die Gehälter um 15 Proz.

Die Kläger verlangen das bisherige Tarifgehalt. Durch den Tarifvertrag sei die wöchentliche Arbeitszeit mit 48 Stunden festgelegt worden, daraus ergebe sich für jeden Angestellten ein Recht auf volle Bezahlung dieser Arbeitszeit, auch wenn die Dienste nur während der verkürzten Arbeitszeit in Anspruch genommen würden. Das Tarifgehalt sei ein Mindestgehalt. Wollten die Unternehmer kurzzeitig mit einseitiger Gehaltskürzung einführen, so sei das durch besondere Vereinbarung mit den einzelnen Angestellten oder im Wege der Kündigung nicht aber durch eine Betriebsvereinbarung möglich.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Kläger ab. Es ist der Ansicht, daß eine Betriebsvereinbarung mit keiner tariflichen Bestimmung in Widerspruch stehe. Würde von den Unternehmern die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden gekürzt, so können auch die Gehälter proportional gekürzt werden. Ein Recht auf volle Bezahlung bei verkürzter Arbeitszeit habe der Angestellte nicht. (RAG. 434/32.)

Arbeiter in USA.

Eine geschichtliche Studie

Als erster Teil einer geplanten Gesamtdarstellung der amerikanischen Arbeiterbewegung veröffentlicht Arnold Harnack im Verlag Gustav Fischer, Jena, ein Buch, das unter dem Titel „Die vormarxistische Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten“ einen ausgezeichneten Überblick über die frühen Arbeiterorganisationen gibt. Harnack verfaßte seine Untersuchung in der Hauptstadt auf Grund amerikanischer Quellenschriften, das ihm während eines längeren Aufenthalts in Amerika zur Verfügung stand. Unser bisheriges Wissen über die Entwicklungszusammenhänge der amerikanischen Arbeiterorganisationen wird somit wesentlich bereichert. Die Untersuchung umreißt zuerst den ökonomisch-politischen Hintergrund, ohne dessen Kenntnis die Geschichte der dortigen Arbeiterorganisationen unverständlich bliebe. Das erste Kapitel der Schrift wird zu einem gedrängten Überblick der Wirtschaftsgeschichte der USA vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Die folgenden Kapitel berichten über Aufstieg und Niedergang der amerikani-

schen Arbeiterbewegung, von den ersten Schutzmachergewerkschaften, die sich schon zu Ende des 18. Jahrhunderts organisierten, bis zum Zusammenbruch des Weltlingschen Arbeiterbundes. Mit dem Sieg des industriellen Nordens über den großräumigen Süden Amerikas verlieren die Kleinbürgerlichen Ideen, wie sie Proudhon und Fourier vertraten, innerhalb der amerikanischen Arbeiterschaft an Einfluß, und der Einfluß der Marx'schen Ideenwelt macht sich bemerkbar. Vor allem war es Sorge, der für den marxistischen Sozialismus in Amerika warb. Aber bis in die jüngste Vergangenheit blieb der amerikanische Arbeiter indolent, als sein europäischer Kollege, aus Gründen, die auf die völlig verschiedene soziale und ökonomische Entwicklung Amerikas zurückzuführen sind. Man erwartet mit Interesse nach diesem Buch die Fortsetzung von Harnack's Arbeit.

J. P. Mayer.

Wetter für Berlin: Vorwiegend bedeckt, geringfügige Schneefälle bei östlichen Winden. Wieder etwas kälter. — Für Deutschland: In Süd-, West- und Mitteldeutschland wieder sinkende Temperaturen, verbreitet leichte Schneefälle; im Nordosten sehr kalt.

Rundfunk am Abend

Dienstag, 17. Januar

Berlin: 16.15 Valerie Merck: Eigenes Arbeiten. 16.30 Aus Dessau: Nachmittagskonzert. 17.30 Arbeitsfront der Frauen. 17.45 Die junge Generation. 18.05 Hugo Wolf. 18.30 Bühnenstunde. 18.55 Die Funkstunde teilt mit 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Unterhaltungsmusik. 20.00 Juana (Oper von Georg Kaiser). 21.00 Zehn Minuten Funkhilfe (E. Nesper). 21.10 Heitere Stunde. 22.15 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Aus Flensburg: Spätkonzert.

Königs-wusterhausen: 16.00 Für die Frau. 16.30 Aus Leipzig: Nachmittagskonzert. 17.10 Bismarck und Boetticher. 17.30 Tägliche Hauskonzert. 18.00 Volkswirtschaftsfunk. 18.25 Einführung in die Beethoven-Sinfonie Nr. 1. 18.55 Wetterbericht. 19.00 Seelische Erkrankungen. 19.30 Das Gedicht. 20.00 Aus Breslau: Volksschicksal im Südosten. 21.00 Aus Hamburg: Deutscher Volksmusikabend. 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.45 See-Wetterbericht. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europaprogramm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pf., durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Unterstützungsberechtig in Italien sind von 1.130.000 Arbeitslosen — 90.000 mehr als im Dezember — 298.000. Der kleine Rest von 832.000 Arbeitslosen ist also nicht unterstützungsberechtigt.

In Wien ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Januar um 6900 auf 141.654 gestiegen. Damit ist der Stand um 1947 höher als im Vorjahre, wo in der gleichen Zeit ein Anstieg um 6900 zu verzeichnen war.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark beträgt nach der letzten Zählung 178.300. In der letzten Woche war eine Zunahme um 500 zu verzeichnen.

Verantwortlich für Politik: Rudolf Brandemühl; Wirtschaft: G. Klingelböfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Außenwelt: Herber; Leserbere: Kralow und Schlichter; Arts: Kralow; Anzeigen: C. H. D. Verlag; sämtlich in Berlin Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 8, Lindenstr. 8; Verkaufsbedingungen und Anzeigenpreise werden in jeder Morgen-Ausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

Hierzu 1 Beilage.

PROGRAMM

für die Zeit vom 17. bis 19. Januar

KINO-TAFEL

PROGRAMM

für die Zeit vom 17. bis 19. Januar

BTL

BTL Potsdamer Str. 38

Abenteuer im Engadin mit Guzzi Lantschner, Walter Rini
Jugendliche haben Zutritt!
W. 5, 7, 9 Uhr

BTL Turmstraße 12

Wenn die Liebe Mode macht mit Renate Müller, Georg Alexander, Otto Wallburg
W. 5, 7, 9 Uhr

BTL Alexanderstr. 39

(Passage)
Ich bei Tag und du bei Nacht mit Käthe v. Nagy, Willy Fritsch, Ida Wüst
Den ganzen Tag geöffnet!

Alhambra

Müllerstr. 136, Ecke Seestraße.
Helgas Fall und Aufstieg mit Grete Garbo. — Heute Nacht gehts los (Zigeuner der Nacht) mit Jenny Jugo, Hans Brausewetter
W. ab 4.30 Uhr

Odeon, Potsdamer Str. 75

Baby mit Anny Ondra und den Singing Babys
W. 5, 7, 9 Uhr

Kant-Lichtspiele

Charl. Kantstr. 34
Das Blaue vom Himmel mit Martha Eggerth, Hermann Thimig. — An heiligen Wassern mit Karin Hardt, H. A. v. Schlotow
Jugendliche haben Zutritt!
W. 5, 7, 9 Uhr

Germania-Palast

Charl. Wilmersdorfer Str. 53/54
Liebe auf den ersten Ton mit Lee Parry, Carl Böken. — Gentleman für einen Tag
W. 5, 7, 9 Uhr

Primus-Palast

Potsdamer Straße 19.
Uranführer Tarzan, der Herr des Urwalds mit Johnny Weissmüller
W. 3.15, 7.15, 9.15 Uhr

Friedrichstadt

Unter des Linden 14
Beginn 3, 5, 7, 9 Uhr
Die 4 Musketeere mit Douglas Fairbanks. — Der Boß mit Will Rogers

Franziskaner

Georgenstraße, E. Friederichstr.
Um 9, 12, 3, 6, 9 Uhr beginnend:
Das Abenteuer d. Thea Roland mit Lil Dagover

Um 10.30, 1.30, 4.30, 7.30 u. 10.30 Uhr
Schloß im Mond mit Maurice Chevallier, Jeanette MacDonald

Neueste Ton-Wochenschau

Kolonnen-Kino

Tonfilm-Tauschen
Leipziger Str. 26 Ab 9 Uhr vorm.
Das Geheimnis des blauen Zimmers mit Th. Loos, Else Elster, v. Schlotow. — Tonfilmbelegprogramm. — Wochenschau

Moabit

Wochentag ab 6 Uhr
Sonntags ab 5 Uhr

Arturohof

Perleberger Str. 29
2 Großfilm: Der Champ (Weltmeister). — Buster rutscht ins Filmland mit Buster Keaton

Charlottenburg

Beginn 3, 6.15, 9 U.

Schlüter-Theater

Schlüterstr. 17
2 Großfilm: Traum v. Schönbrunn mit H. Thimig. — Spione im Savoyhotel mit H. Adalbert

Wilmersdorf

Wochentag 7, 9 1/2 U.
S. 3, 7 1/2 U.

Atrium

Kaiserliche, Ecke Berliner Straße
Uraufführung: Madame wünscht keine Kinder mit Liane Haid, Lucie Mannheim, Georg Alexander, Otto Wallburg. — Tonfilm-Belegprogramm

Zehlendorf-Mitte

Beginn tägl. 5, 6.30, 9.10 Uhr
Sonnt. 3 Uhr Jugendvorst.

Zeli

Potsdamer Straße 50.
Die verkaufte Braut mit J. Novina, Deograt-Palibander. — Husarenliebe

Steglitz

W. 8.30, 9 U.
S. 4, 6.30, 9 U.

Titania-Palast

Steglitz, Schloßstr. 5 Ecke GutsMuthsstr.
Hochzeitsreise zu Dritt mit Brigitte Helm, Oskar Karlweis, Susi Lanner. — Tonfilmbelegprogramm

Friedenau

Beginn 3, 5, 7, 9 Uhr

Kronen Lichtspiele

Rheinstr. 63
Tägl. 5, 7, 9 Uhr, Sonnt. ab 3 Uhr
Grün ist die Heide mit C. Spry, Voß, Loos, Kampers. — Belegprogramm. Jugendliche haben Zutritt!

Rheinschloß-Lichtspiele

Rheinstr. 60 Woch. 5, Sta. 3 Uhr
Nur drei Tage: Der weiße Dämon mit Hans Albers. — Gr. Tonbelegprogramm

Schöneberg

Ab 10 U.
letzte 9 1/2

Flora-Tageskino

Hauptstr. 144
Ich bei Tag und du bei Nacht. — Richard Tauber singt Schubertlieder

Titania Schöneberg

W. 5, 7 u. 9 Uhr
Hauptstr. 49. Sta. 3, 5, 7, 9 Uhr

Zigeuner der Nacht mit Jenny Jugo, Hans Brausewetter. — Tonbelegprogramm. — Ufaton.

Tarma

Wochent. 5, letzte 9 1/2 U.
Sonntags ab 3 Uhr

Hauptstr. 144
Baby mit Anny Ondra, Ad. Wohlbrück und die Singing-Babys. — Tonbelegprogramm

Mariendorf

W. 7, 9, S. 5, 7, 9

Chausseestr. 305
2 Tonfilme: Paprika mit Franziska Gaal, Hörbiger. — Traum von Schönbrunn mit Marika Eggerth

Tempelhof

W. 7, 9, S. 5, 7, 9
Sta. 3 Uhr Jgd.-Vorst.

Kurfürst

Hofstraße 22, Ecke Berliner Straße
Helgas Fall und Aufstieg mit Grete Garbo. — Gutes Tonbelegprogramm

Tioli

Täglich. 5, 7, 9 Uhr
Sonnt. 3, 5, 7, 9 Uhr

Berliner Straße 97
Grün ist die Heide mit Camilla Spry. — Die erste Instruktionstunde. Jugendliche haben Zutritt!

Südwesten

W. 5, letzte 9 Uhr
S. 3, letzte 9 Uhr

Film-Palast Kammersäle

Teltower Str. 1. W. ab 5 1/2, S. ab 3 1/2
2 Großfilm: Abenteuer im Engadin mit Lantschner. — Sein kleiner Kamerad mit T. Keene

Palladium

W. 5, letzte 9 Uhr
S. 3, letzte 9 Uhr

Baerwaldstr. 17
Helgas Fall und Aufstieg mit Grete Garbo. — Das Testament des Cornelius Gulden mit Magda Schneider, Georg Alexander.

Rivoli

Film und Bühne
Lernmannstraße 57.
W. 5.30, letzte 9 U. S. 3.30, letzte 9 U.
2 Großfilm: Baby mit Anny Ondra. — Kriminalfilm: Sirenen um Mitternacht

Neukölln

Woch. ab 6 1/2
Sonnt. ab 4 U.

Excelsior

Kaiser-Friedrich-Straße 191
Filmverrückte mit Harold Lloyd — Tonbelegprogramm
Jugendliche haben Zutritt!

Kakuk

Koithusener Damm 92
W. ab 6 1/2, Sta. ab 4 Uhr

Der Diamant des Zaren mit Liane Haid, Ivan Petrovich. — Tonbelegprogramm

Mercedes-Palast

W. 6, 8 1/2 U.
Sta. 3 Uhr

Hermannstr. 212
2 Großfilm: Die unsichtbare Front — Wenn du noch eine Tante hast mit M. Dreßler

Primus-Palast

W. 6, 8.30 U.
Sonnt. 3 Uhr

Am Hermannplatz, Urbanstr. 72/76
Baby mit Anny Ondra. — Sensations-Tonfilm: Radio-Polizei-Parodie

Stern, Hermannstraße 49

Wochent. ab 6 1/2 U. Sonnt. ab 4 U.

Die blonde Venus mit Marlene Dietrich (Regie Sternberg). — Tonbelegprogramm

Südosten

W. 6 1/2 U. Sonnt. 3 Uhr

Deutsch-Amerik. Theater

Köpenicker Str. 68
Wochent. 4, 6 7.25, 9 Uhr

Abenteuer der Thea Roland mit Lil Dagover — Zigeuner der Nacht mit Jenny Jugo

Filmbeck

W. ab 6 1/2 U.
Sta. 3 Uhr

Am Görlitzer Bahnhof
Gehetzte Menschen mit Eugen Klöpfer, Hans Feher
Das reizende Tonfilm Lustspiel: Der Lausbub

Laisen-Theater

W. 6 1/2 Uhr
Sonnt. 3 Uhr

Heichenberger Str. 34. Großfilm:
Grün ist die Heide mit Camilla Spry, Peter Voß, Harold Lloyd: Filmverrückte
Jugendliche haben Zutritt!

Stella-Palast

Köpenicker Straße 12/14
Wochent. 6.30, Sonntags ab 4 Uhr

Carl L. Diehl, Trude v. Molo
in dem Spionage-Großfilm
Die unsichtbare Front
Lily Damita
in dem Tonfilm Lustspiel
Macame verliert ihr Kiehl

Treptow

Mittwoch 8 Uhr, Donnerstag 8 Uhr:
Winterfreuden in Deutschland. Film von den Naturdreharbeiten der Berge

Osten

W. ab 8 U.
S. ab 3 U.

Germania-Palast

Frankfurter Allee 314
2 Tonfilme 2 Volltreffert
Das Gespensterschiff
(Das Schiff ohne Hafen)
mit Harry Piel
Grete Garbo
in ihrer neuesten Tonschöpfung
in deutscher Sprache:
Helgas Fall und Aufstieg

Luna-Palast

Woch. 5 Uhr
Sta. ab 3 U.

Gr. Frankfurter Str. 121
Die unsichtbare Front mit C. L. Diehl, Tr. v. Molo — 1 Minute vor 12 mit Tom Mix

Schwarzer Adler

Frankf. Allee 9
W. 5, 7, ca. 9 Uhr. S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Die Frau im Dienste der Spionage
Die unsichtbare Front
(Kein Kriegsfilm)
mit Alexa v. Engström, Trude v. Molo, Carl Ludwig Diehl
Eine Minute vor 12 mit Tom Mix

Viktoria-Theater

Woch. ab 5
Sta. ab 3 U.

Frankfurter Allee 9
2 Tonfilme: Congorilla. — Schritt und Tritt mit Pat u. Patachon
Jugendliche haben Zutritt!

Friedrichsfelde

Mont.-Donn. 6 U.
Freit.-Sta. 5 Uhr

Kino Busch

Alt-Friedrichsfelde 3
Johann Strauß mit Lee Parry, Mich. Bohn, Paul Hörbiger. — Vollblut (Spann. Tennishilfsm.)
Jugendliche haben Zutritt!

Nordosten

W. 5.15, 6.25, 9.15 U.
S. ab 3 Uhr

El sium

Prenslauer Allee 36
Die unsichtbare Front mit C. L. Diehl, Tr. v. Molo — Eine Minute vor 12 mit Tom Mix

Flora-Lichtspiele

W. 5.30, ca. 7, 8.30 Uhr, Sta. ab 3 Uhr

Das Abenteuer der Thea Roland mit Lil Dagover. — Paprika (Das Glück kommt nur einmal im Leben) mit Franziska Gaal

Volks-Kino Königstadt

Schönhauser Allee 10. Tägl. 3, 7, 9 U.

Die blonde Venus mit Marlene Dietrich. — Tonbelegprogramm. — Bühnenschau

Neu-Lichtenberg

Seg. 5.15, 7.15, 9.15

Löckstr. 70 So. 2 1/2 Jgd.-Vorst.

Eine von uns (Nach dem Roman Götz) mit Brig. Helm. — Scherben bringen Glück mit C. Bois

Pankow

W. 7, 8 1/2 U.

Palast-Theater

Berlin Str. 21a
Grün ist die Heide mit Camilla Spry, Th. Loos, Fritz Kampers. — Wehe, wenn er losgelassen

Tioli

Wochentags 6.30, 9 Uhr
S. 3, 5, 7, 9 Uhr

Berliner Str. 27
2 Großfilm: Wolkenstürmer — Bring sie lebend heim!

Tegel

W. 6 Uhr
S. ab 4 1/2

Bahnhofstr. 2. Sta. 2 U. Jgd.-Vorst.
Das Blaue vom Himmel mit H. Thimig, H. Eggerth — Bring sie lebend heim!

Kosmos Film

W. ab 6 Uhr
S. 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2

Hauptstraße 6.
Kampf mit Manfred v. Brauchsch. — Ufa-Vorprogramm. — Tonwoche

Union-Theater

Wochent. 6, 8 1/2, 5, 7 1/2, 9 1/2

Hauptstraße 6
Zwei in einem Auto mit Magda Schneider, C. L. Diehl. — Gr. Tonbelegprogramm

Mennigsdorf

Bez. W. 6, 8, 9 Uhr
Sta. 1 1/2, 4 1/2, 6 1/2 U.

Filmpalast

Berliner Str. 30
Gügl (Eine von uns) mit Brigitte Helm, Gustav Diehl. — Tonbelegprogramm

Notwerk der arbeitslosen Jugend

Kritische Anmerkungen / Von Stadtrat W. Friedländer-Berlin

Durch den Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der den Lesern des „Vorwärts“ durch die Veröffentlichung vom 27. Dezember 1932 (schon bekannt ist Nr. 608), ist auf Anregung namentlich der freien Gewerkschaften von der Regierung anerkannt worden, daß die schwere Not der arbeitslosen Jugend Hilfsmassnahmen dringend erfordert. Die bisher auf diesem Gebiete bestehenden Einrichtungen, namentlich die Bildungsstürze der Jugend- und Arbeitsämter, der Gewerkschaften und freien Jugendorganisationen, der freiwillige Arbeitsdienst und die recht problematischen Hebungslager, die vom Reichsministerium für Jugendberufshilfe eingerichtet worden sind, haben sich offensichtlich als ungenügend erwiesen. Mit Recht ist deshalb der Gedanke eines Notwerks der deutschen Jugend begrüßt worden, das Gelegenheit zu ernsthafter, beruflicher Arbeit, zu geistiger und körperlicher Betätigung und zur Ausgabe einer täglichen, gemeinsamen warmen Mahlzeit für die arbeitslose Jugend führen soll. Es scheint indessen notwendig, das neue Vorhaben auch unter kritischen Gesichtspunkten zu betrachten, um vor einem falschen Optimismus zu warnen und auf eine wirklich soziale Ausgestaltung des Notwerks hinzuwirken.

Die Organisation des Notwerks

Es ist so gestaltet, daß der Reichsarbeitsminister für die Verwirklichung des Notwerks zuständig ist und mit der Durchführung den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung beauftragt hat. Der Präsident der Reichsanstalt hat die Landesarbeitsamtspräsidenten mit der praktischen Einrichtung beauftragt, die wieder die Vorsitzenden der Arbeitsämter zu der örtlichen Realisierung der Pläne bestimmen haben. Es ist an dieser Stelle schon erwähnt worden, daß nach dem Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt in den Bezirken der einzelnen Arbeitsämter Arbeitsgemeinschaften gebildet werden sollen, die zur Durchführung des Notwerks die Arbeitsämter, Jugend- und Wohlfahrtsämter, Berufsschulen, freie Wohlfahrts- und Jugendpflege, auch die Winterhilfe, Gewerkschaften und Lehrerschaft, Jugend- und Berufsverbände zusammenfassen sollen. Die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften wird an vielen Stellen keine arbeitsfähigen Körperlichkeiten ergeben, weil der Kreis der in dem Erlaß genannten Personen ein viel zu großer ist, wenn man bedenkt, welche Fülle von Organisationen unter den genannten Gruppen, mindestens in größeren Städten und Industriebezirken vorhanden sind. Aus diesem Grunde ist es ratsam, daß für die weitere Durchführung als zweckmäßig vorgegeben ist, einen kleinen Arbeitsausschuß mit der eigentlichen Bearbeitung des Notwerks zu beauftragen, als dessen Vorsitzender nicht notwendig der Direktor des Arbeitsamtes, sondern eine Persönlichkeit gewonnen werden soll, die mit der Lage der arbeitslosen Jugendlichen besonders gut vertraut ist. Die Geschäftsführung des Notwerks soll im allgemeinen beim Arbeitsamt liegen, was schon aus dem Grunde zweckmäßig ist, weil die Entscheidung über die finanziellen Beihilfen, die den Veranstaltungen des Notwerks gewährt werden, in jedem Falle verantwortlich durch den Vorsitzenden des Arbeitsamtes erfolgt. Von der Bildung der großen Arbeitsgemeinschaften wird man sich für die Praxis daher nicht allzuviel versprechen können. Die kleinen Arbeitsausschüsse werden im allgemeinen stark von der Leitung des Arbeitsamtes abhängig sein.

Für die Ausgestaltung

Das Notwerk ist vorgesehen, daß in Verbindung mit der genannten Arbeitsgemeinschaft der Arbeitsausschuß einen einheitlichen Gesamtplan für die Eröffnung der arbeitslosen Jugend aufzustellen hat. In der Arbeitsgemeinschaft sollen die vorhandenen Einrichtungen für die arbeitslose Jugend genau bekannt sein, so daß geprüft werden kann, welche Einrichtungen der Verwendung für das Notwerk am besten zugänglich gemacht werden können. Es soll auch eine Nebeneinanderarbeit hierdurch vermieden werden und ein gewisser Ausgleich nach Dauer und Zeit der einzelnen Veranstaltungen durch die Aufstellung des Gesamtplanes geschaffen werden. Das Notwerk beschränkt sich im allgemeinen auf eine tägliche Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen von vier Stunden außer der vorgesehenen gemeinschaftlichen Mahlzeit. Die Zeit soll so eingeteilt sein, daß durchschnittlich mindestens zwei Stunden der beruflichen Bildungsarbeit dienen und mindestens zwei Stunden täglich für Leibesübungen und gemeinsame geistige Beschäftigung verwendet werden. Wenn der Erlaß davon spricht, daß das Notwerk der geistig-fittlichen Erziehung dienen soll, so wird bei logischer Auffassung hiermit nur etwas selbstverständliches gesagt, keineswegs aber darf der Erlaß dahin verstanden werden, daß hier etwa eine einseitige nationalsozialistische Beeinflussung der Jugendlichen erstrebt werden soll. Mit Recht hebt der Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt hervor, daß das Notwerk nicht parteipolitischen Bestrebungen dienlich gemacht werden darf. Es muß deshalb

konsequent die Unterstützung all der Bestrebungen abgelehnt werden, die solche parteipolitische, namentlich auch eine staatsfeindliche Beeinflussung im Auge haben. Neben der erwähnten vierstündigen Beschäftigung der Jugendlichen wird vorgeesehen, daß die jungen Menschen zunächst sich bei der Beschaffung und Zubereitung der gemeinsamen Verpflegung, bei der Instandhaltung ihres Heims und ihrer Arbeitskleidung betätigen sollen. Ferner soll geprüft werden, ob die Jugendlichen in Gruppen auch zu

Helferdiensten

bei den Einrichtungen der öffentlichen und freien Fürsorge, die sich nicht zur Anerkennung im freiwilligen Arbeitsdienst eignen, eingesetzt werden können. Das Notwerk ist also hier offensichtlich als eine Art Ergänzung der schon vorhandenen Einrichtungen, namentlich des freiwilligen Arbeitsdienstes, gedacht. Sozial zu begrüßen ist die Anregung, daß jugendliche Arbeitslose, die keinen Rückhalt in der Familie haben, durch die Einrichtung von

Lagesheimen

gefordert werden sollen. Leider lassen die bisherigen Bestimmungen für das Notwerk, namentlich die Bereitstellung von nur 9 Millionen Mark aus Reichsmitteln, die Frage ungelöst, wie die geschilderten Pläne ernstlich verwirklicht werden sollen. Bei den bisherigen Bestimmungen ist

die Beihilfe,

die durch die Arbeitsämter den Maßnahmen des

Notwerks in Aussicht gestellt ist, auf den Betrag von 15 bis 25 Pf. pro Kopf und Tag beschränkt. Jedem Praktiker der Jugendpflege leuchtet ein, daß es völlig unmöglich ist, mit einem so geringfügigen Zuschuß die Aufgaben des Notwerks zu erfüllen, die eine wirkliche Hilfe für die Jugendlichen durch berufliche Erziehung in ernsthafter praktischer beruflicher Bildungsarbeit, durch gemeinschaftliche Verpflegung und Hilfe zur Erhaltung und Ergänzung ihrer Arbeitskleidung, durch sportliche Betätigung und durch geistige Anregung und Fortbildung verlangen. So sehr dieser Grundgedanke zu begrüßen ist, läßt er sich keinesfalls auch nur annähernd mit den ungenügend bereitgestellten Mitteln verwirklichen. Das Notwerk soll also aus Reichsmitteln nur eine kleine Beihilfe gewähren und erwartet, daß alle übrigen Kosten, namentlich für die Schaffung und Einrichtung der Heime und Werkstätten, für die Lieferung des Materials, für Heizung und Beleuchtung, vor allem auch für sachgemäße Anleitung und Führung durch die eigentlichen Träger des Notwerks übernommen werden. An dieser ökonomischen Stelle ist das schwierigste Problem des Notwerks zu sehen. Sowohl die Organisationen der freien Jugendhilfe, die Jugend- und Sportverbände, als auch die Träger öffentlicher Einrichtungen, Jugendämter, Berufsschulen, werden trotz ihrer illiberalen Bereitschaft zur Hilfe für die Jugend bei ihrer heutigen finanziellen Lage kaum imstande sein, in großem Umfange die hier notwendigen erheblichen Mittel dauernd aufzubrin-

gen, um das Notwerk in dieser Weise zu verwirklichen.

„Kameradschaften von jungen Arbeitslosen“

die in dem Erlaß der Reichsregierung ausdrücklich aufgeföhrt werden, sich zu Trägern des Notwerks zu machen, und die aus Jugend- und Berufsverbänden aller Art hervorgehen, sofern sie keine staatsfeindlichen Ziele verfolgen, werden bei allem guten Willen und aller Bereitschaft, den arbeitslosen Jugendlichen zu helfen, kaum die notwendigen wirtschaftlichen Unterlagen für die geschilderten Aufgaben des Notwerks aufbringen können. Namentlich den besonders betreuungsbedürftigen Jugendlichen, die keinen Anhalt in ihrer Familie haben, in Schlafstellen wohnen oder sonst ohne Bindung sind, wird durch solche kurzfristige Tätigkeit mit einer warmen Mahlzeit am Tage nur dann gedient sein, wenn wirklich die Schaffung eines Heims als Grundlage ihrer Betreuung gelingt.

Für die weitere Durchführung des Notwerks, dem sich auch die Organisationen der Eisernen Front, namentlich die Jugendverbände der Arbeiterjugend, der Arbeiterportier und der freien Gewerkschaftsjugend mit großem Interesse zuwenden, wird deshalb von großer Bedeutung sein, ob die Reichsanstalt ihre Bestimmungen über die knappe Zuweisung der Beihilfen einer nochmaligen Prüfung unterzieht. Die in Aussicht gestellten Beihilfen stehen in so starkem Widerspruch zu den bekanntlich schon keineswegs üppigen Zuschüssen, die im freiwilligen Arbeitsdienst gegeben werden, daß aufs ernstlichste unterföhrt werden muß, ob nicht ein angemessener Zuschuß im Interesse der arbeitslosen Jugend weit größere Erfolge verspricht.

Gerichtshilfe in der Krise

Feststellungen / Von Marie Hirsch

Das starke Anwachsen der Arbeitslosen hat alle die Einrichtungen, die sich mit der Gerichtshilfe befassen, in eine neue Situation gestellt. Nicht etwa ist der Zusammenhang zwischen Kriminalität und Arbeitslosigkeit das vollkommen Neue dieser Lage. Im Gegenteil: Soweit bereits Zahlen vorliegen — für die Reichsstatistik fehlen gegenwärtig noch die entscheidenden Krisenjahre — kann keineswegs geschlossen werden, daß die Kriminalität der Jugendlichen und die Kriminalität überhaupt im gleichen Umfange wie die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Neu ist vielmehr die Aufgabe, vor die sich die Jugendgerichtshilfe und die Gerichtshilfe für Erwachsene gestellt sieht.

I. Liberale und sozialistische Strafrechtsreform.

Der Gedanke der sozialen Gerichtshilfe für Erwachsene und Jugendliche gründete sich bisher auf die Anschauung, Verstöße gegen die Strafgesetze seien nicht lediglich zu bestrafen, damit die Gesellschaft geschützt werde oder dem Gerechtigkeitsempfinden Genüge getan sei; es sei vielmehr nötig, den Straffälligen in den Zusammenhang des gesellschaftlichen Lebens wieder einzugliedern. Diese Auffassung, zu deren Vertreter führende Strafrechtslehrer der letzten Jahrzehnte gehört haben, wurde zunächst nicht von Sozialisten ausgebildet, sondern von liberalen Strafrechtsreformern. Die Führer der liberalen und fortschrittlichen Strafrechtsreform sahen in dem einzelnen Straffälligen einen Menschen, der den Anforderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht gewachsen ist und der deshalb in dieses Leben durch ein System von Erziehungsmassnahmen wieder eingegliedert werden soll. Einer solchen Erziehung dient in den fortschrittlichen Strafanstalten der sogenannte „Stufenstrafvollzug“: bei dieser Art der Strafbewährung werden die Gefangenen in verschiedene Gruppen eingeteilt, von denen jede Gruppe mehr Freiheit genießt als die vorhergehende.

Diese Versuche einer neuen Gestaltung des Strafvollzuges sind wichtig und sie müssen besonders gefördert werden in einer Zeit, wo neben einer Militarisierung der eigentlichen Pädagogik durch den Faschismus auch eine Militarisierung des Strafvollzuges droht. Trotzdem muß die sozialistische Anschauung noch über die Anschauungsart der liberalen bürgerlichen Strafrechtsreformer hinausgehen. Gerade die Gesellschaftskrise der Gegenwart zwingt dazu, die gesellschaftliche Bedingtheit jeder Strafrechtsordnung herauszustellen.

II. Die Krise der Gesellschaftsordnung, der Ursprung der Krise der Strafrechtsordnung.

Die liberale bürgerliche Strafrechtsreform sieht in dem Straffälligen den einzelnen aus dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und menschlichen Zusammenlebens herausgefallenen Menschen. Sie bemüht sich deshalb, den einzelnen Menschen zu bessern und in das Gesellschaftsleben wieder einzuordnen. Solche Bemühungen sind

am Platze, wenn es sich um solche Verbrechen handelt, die vorwiegend aus der persönlichen individuellen Veranlagung des Straffälligen zu erklären sind: aus seinem Triebleben und seinem Gefühlsleben. Aber bei einer ganzen Reihe anderer Verstöße gegen die Strafrechtsordnung wird deutlich, daß sie nur dann richtig gesehen werden, wenn man sie im Zusammenhang des gesamten gesellschaftlichen Zusammenlebens sieht. Das wird klar, wenn man an die vielen Prozesse beim Konkurs von Unternehmungen und dergleichen denkt, die ja meistens zu strafrechtlichen Folgen geführt haben. Das wird auch deutlich bei der Beurteilung vieler kleinerer Eigentumsdelikte (Diebstahl, Unterschlagung usw.), die mit der Arbeitslosigkeit in einem Zusammenhang stehen. Es wird aber vor allem offenkundig bei der Betrachtung der politischen Verbrechen und Vergehen. Hier zeigt sich deutlich, daß die Gesellschaftsordnung, welche die Strafrechtsordnung trägt, selbst aus den Fugen geraten ist. Es gibt keine Maßstäbe mehr, die vom ganzen Volke als verbindlich anerkannt wären. Ein Verstoß gegen solche Normen wird von einem Teil des Volkes als Verbrechen angesehen, während der andere Teil darin eine Heldentat sieht. Die Bürgerkriegssituation, in der wir uns befinden, hat tatsächlich nahe an den Zustand herangeföhrt, daß Strafrecht und Rechtspflege nur noch notdürftig eine Reihe von Normen und Grundföhren zu schützen vermögen, auf deren Verstoß die Strafe steht; denn was einem Sozialisten verboten ist, gilt vielleicht einem Nationalsozialisten in bezug auf das politische Gebiet als erlaubt.

Die Feststellung, daß es feste Maßstäbe heute nicht gibt, stellt die sozialistische Auffassung in Gegensatz zu den bürgerlichen Strafrechtsreformern, die an allgemein verbindliche Grundföhren im gesellschaftlichen und politischen Zusammenleben glaubten. Deswegen wollten sie ja gerade den einzelnen Straffälligen „bessern“, damit er soweit geföhrt würde, um sich den Grundföhren und Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens wieder einzuordnen. Die Krise des Gesellschaftslebens aber fordert dringend, daß das Gerüst unserer Strafrechtsordnung an diesen Stellen umgebaut wird. Die Gerichtshilfe für Erwachsene und Jugendliche hat dieser Lage Rechnung zu tragen.

III. Die gewandelte Aufgabe.

Damit ändert sich die Aufgabe der sozialen Gerichtshilfe in einigen entscheidenden Punkten. Sie wird enger und weiter zugleich. In gewisser Hinsicht wird sie enger: Eine berufliche Eingliederung in das gesellschaftliche Zusammenleben wird gegenwärtig, aber auch für die nächste Zukunft kaum möglich sein. Bei den gegenwärtigen Arbeitslosensiffern wird auch der Straffällige nach seiner Entlassung damit rechnen müssen, zunächst arbeitslos zu sein. Die Eingliederung in das gesellschaftliche Zusammenleben hat also zur Voraussetzung, daß der Straffällige instandgesetzt wird, als vorläufiger Arbeitsloser er-

neute Straffälligkeit zu vermeiden und sich den Lebensformen aller derjenigen anzugleichen, die gleich ihm arbeitslos sind. Nur in einzelnen Fällen wird es der Gerichtshilfe und der Fürsorge für entlassene Strafgefangene möglich sein, den Straffälligen Beschäftigung zu verschaffen. Vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit aus wären solche Bemühungen auch nicht immer unanfechtbar. Dem Gerechtigkeitsempfinden des Volkes entspricht es nicht, daß man zunächst in einer Strafanstalt gewesen sein muß, bevor man bevorzugt in Arbeit vermittelt wird. Es genügt schon eine grobe Blickweite zu der Einsicht, daß größere „Gefährdung“ eines Menschen besondere individuelle Massnahmen zur Bewahrung vor Rückföhligkeit erfordert und daß dazu auch die Bemühungen um bevorzugte Arbeitsbeschaffung gehören.

Der freie Arbeitsmarkt scheidet also für die Aufgabe der Gerichtshilfe und der Straffälligenfürsorge in weitem Umfang aus. Dagegen ist im Rahmen der allgemeinen Arbeitsbeschaffungspläne zu erwägen, ob nicht den Arbeitswerkstätten in den Einrichtungen stützgelegter Betriebe, wie sie Professor Lederer vorgeschlagen hat, auch von der Straffälligenfürsorge aus besondere Beachtung zu schenken ist. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den planmäßigen Massnahmen zur allgemeinen Arbeitsbeschaffung erweitert also gleichzeitig die Aufgaben der Gerichtshilfe und Straffälligenfürsorge oder besser: sie wandelt sie dem Charakter der Gesellschaftskrise entsprechend um.

Nach in einer anderen Beziehung wird sich die soziale Gerichtshilfe der veränderten gesellschaftlichen Situation entsprechend wandeln müssen: Diese Veränderung betrifft die Ermittlungen der Gerichtshilfe in der Zeit vor dem Beginn der Gerichtsverhandlungen. Auch bei den Ermittlungen über die sozialen Verhältnisse des Straffälligen, über die Umgebung, in der er aufgewachsen ist und gelebt hat, über seine wirtschaftlichen Verhältnisse, über seine Familienverhältnisse muß sich die soziale Gerichtshilfe immer dessen bewußt sein, daß die Gesellschaftsordnung, das heißt das Fundament der Strafrechtsordnung selbst ins Wanken geraten ist. Wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit, aber auch die kritische Lage der Familie im gesellschaftlichen Auflösungsprozess der Gegenwart sind immer wiederkehrende Faktoren, von denen die Berichte und Ermittlungen der Gerichtshilfe zu handeln haben. Die Krise unseres Gesellschaftslebens ist gleichzeitig die Krise unserer Strafrechtsordnung. Eine durchgreifende Veränderung unserer Strafrechtsordnung wird bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen noch eine geraume Zeit auf sich warten lassen. Gerade deshalb hat die Gerichtshilfe hier eine besondere Aufgabe; auch wenn sie die juristische Seite der einzelnen Straftat nicht zu behandeln hat, so kann sie zur Beurteilung der Straftat durch Sammlung des Materials über die Umstände und Voraussetzungen, unter denen die strafbare Handlung erfolgt ist, doch einen entscheidenden Beitrag leisten.

